

AL Info¹ / 24

- 3 JA? JA! Die junge Alternative Basel und ihr Nationalratswahlkampf im Porträt.
- 4 Kulturförderung ohne anständige Entlohnung? Nein, sagt Gemeinderätin Sophie Blaser.
- 8 Die AL feiert das neue Jahr mit Bildung und Rockmusik. Mehr dazu von Redaktionsmitglied Rosa Maino.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

13. AHV-Rente: unbedingt!

Ein Blick in den Sozialbericht des Kantons zeigt es: Die Bezugsquote von Ergänzungsleistungen bei Personen, die neu ins Pensionsalter eintreten, ist in den letzten Jahren gestiegen. Es gibt eine immer grösser werdende Gruppe Pensionierter, die ein Leben lang in die Berufliche Vorsorge eingezahlt haben und dennoch keine ausreichende Altersvorsorge aufbauen konnten.

Dass immer mehr Menschen gleich bei der Pensionierung Ergänzungsleistungen beanspruchen müssen, ist bloss die Spitze des Eisbergs: Das viel gelobte Dreisäulensystem erreicht das Leistungsziel – «die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise» (Bundesverfassung) – nur ungenügend.

Pensionskassen im Abwärtstrend

Dass Pensionierten-Haushalte vermehrt finanziell unter Druck geraten, hat mit sinkenden Pensionskassenrenten zu tun. Einst als wichtiger Garant für ein angemessenes Leben im Alter eingeführt, erfüllt die 2. Säule dieses Versprechen immer weniger. Den Kapriolen der Finanzmärkte ausgesetzt, geht es seit mehr als 10 Jahren mit den Leistungen nur abwärts. Die mittlere jährliche Pensionskassenrente liegt heute real 3600 Franken tiefer als vor 15 Jahren. Ein Ende des Abwärtstrends ist nicht absehbar.

Eine Monatsrente fehlt!

Über die Jahre verschärft sich die finanzielle Situation der Rentner:innen: Anders als bei der AHV ist in der 2. Säule kein zwingender Teuerungsausgleich vorgesehen. Alles ist in den letzten Jahren teurer geworden. Der Kaufkraftverlust von 2020 bis 2024 beträgt für eine

alleinstehende Rentnerin rund 3500 Franken und für ein Ehepaar 6000 Franken. Die Teuerung frisst das ganze Renteneinkommen eines Monats weg. Hier setzt die Initiative für eine 13. AHV-Rente an. Mit ihr kann der Kaufkraftverlust kompensiert und die Weiterführung des bisherigen Lebensstandards ermöglicht werden.

Effiziente AHV

Dass die AHV verstärkt werden soll, hat gute Gründe: Sie ist ein effizientes und kostengünstiges System. Das hat damit zu tun, dass alle auf ihrem gesamten Einkommen AHV-Beiträge bezahlen. Auch Topmanager sind mit ihren ganzen Millionensalären und -boni der AHV unterworfen. Sie bezahlen mehr in die AHV ein, als sie später beziehen werden. Davon profitieren 92 Prozent der Bevölkerung. Die AHV ist effizient, weil sie dem sogenannten Renten-Gap entgegenwirkt. Frauen erhalten rund ein Drittel weniger Rente als Männer, weil die 2. Säule sie für die Familienarbeit bestraft. Nicht so die AHV: Hier verringern Betreuungs- und Erziehungsgutschriften den Gap. Gerade weil Altersarmut weiblich ist, ist die 13. AHV-Rente für Frauen besonders wichtig.

13. Rente ist finanzierbar

Aber lässt sich die 13. AHV-Rente finanzieren? Die Kosten sind tragbar. Um die Mehrbelastung zu finanzieren, braucht es zusätzlich 0,4 Lohnprozente je Arbeitgebende und -nehmende. Die AHV ist grundsolid. Seit über 20 Jahren wird sie von den Bürgerlichen schlecht geredet und es werden Milliardendefizite prognostiziert. Doch die Horrorszenarien haben sich nicht bewahrheitet. Die AHV

schreibt Überschüsse und die Reserven steigen jährlich. Die gesunde Finanzlage hat zwei Gründe: Zum einen steigt der Erwerbsanteil der Frauen und zum anderen steigen Produktivität und Löhne. Darum ist eine 13. AHV-Rente nicht nur sozialpolitisch notwendig, sondern auch finanziell tragbar.

Renteninitiative an der sozialen Realität vorbei

Aus einem anderen Holz geschnitzt ist die Renteninitiative der Jungfreisinnigen. Sie operiert mit der Mär von der AHV, der das Geld ausgehe. Um die AHV vor dem herbeigeredeten Bankrott zu bewahren, will die Initiative das Rentenalter mit einem blinden Mechanismus an die Lebenserwartung anbinden und schrittweise anheben. Bis 2032 soll es auf 66 erhöht werden, danach langsamer bis auf 67 oder 68 Jahre steigen. Diese Erhöhung zielt an den sozialen Realitäten vorbei. Viele ältere Mitarbeitende haben es schwer, sich im Arbeitsmarkt zu halten oder eine neue Arbeit zu vergleichbaren Bedingungen zu finden. Oft hangeln sie sich mit prekarierten Temporär-Jobs bis zur ordentlichen Pensionierung durch. Viele kämpfen mit Verschleisserscheinungen. Darum wurde in vielen handwerklichen Berufen eine Frühpensionierung eingeführt. Damit Bauarbeiter:innen, Dachdecker oder Malerinnen gesund und mit Würde in Rente gehen können. All diese Errungenschaften würde die Renteninitiative zunichtemachen. Frühzeitig in Rente gingen dann nur noch jene, die es sich leisten können: Manager, Chef:innen und Banker:innen.

Kaspar Bütikofer, alt Kantonsrat

Parolen

Abstimmungen vom 3. März 2024:

BUND

13. AHV-Rente **JA**

Renteninitiative **NEIN**

KANTON

Voraussetzungen Wahl oberste Gerichte **JA**

Anti-Chaoten-Initiative

A. Volksinitiative **NEIN**

B. Gegenvorschlag **NEIN**

C. Stichfrage **keine Empfehlung**

Uferweg-Initiative **JA**

Pistenverlängerung **NEIN**

STADT ZÜRICH

Mythen-Park **JA**

Goldene-Fallschirme-Initiative

A. Volksinitiative **Stimmfreigabe**

B. Gegenvorschlag **JA**

C. Stichfrage **Gegenvorschlag**

Termine

Dienstag, 27. Februar: AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi-Siedlung, 18.00 Uhr.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstrasse 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Molkenstrasse 21, 8004 Zürich

sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1800 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

Layout Dafina Gash

Redaktion Dafina Gash, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Unnötiger Pistenausbau in Kloten

Der Flughafen Zürich wickelt den Betrieb seit dem 1. Januar 1976 auf dem heutigen Pistensystem mit drei Start- und Landebahnen ab. Zwecks «Verbesserung der generellen Sicherheit und der Pünktlichkeit» beantragt die Flughafen Zürich AG eine Verlängerung von zwei Pisten.

Der Lärm von dröhnenden Triebwerken ist für die Einwohner:innen rund um den Zürcher Flughafen mittlerweile ein fast allnächtliches Ärgernis. Gemäss dem Flughafenbericht 2021 waren es 643 Flüge – während des coronabedingten Einbruchs im Flugverkehr! –, welche zwischen 23 und 5 Uhr abgewickelt wurden, also fast zwei pro Nacht. Um diesen Missstand zu beheben und die «generelle Sicherheit auch bei schlechterem Flugwetter zu verbessern», will der Flughafen die Piste 28 um 400 m nach Westen (verbunden mit dem Projekt zur Glatt-Revitalisierung) und die Piste 32 um 280 m. nach Norden verlängern. So weit so gut.

2013 hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt im Untersuchungsbericht zum Vorfall zwischen zwei startenden Flugzeugen festgehalten: «Der Flughafen ist zertifiziert und wird heute ausreichend sicher betrieben». Unter den 30 im Bericht aufgelisteten Massnahmen zur «Optimierung der Sicherheit» finden sich auch die zwei Pistenausbauten. Überraschend offen hat der Flugsicherungs-CEO Alex Bristol an einer kürzlichen Pressekonferenz erläutert: «Die Pistenverlängerungen ermöglichen, dass auf der Piste 28 und 32 mehr Flugzeuge starten und landen können». Die Kapazität wird von 66 (Nord-

konzept) bzw. 60 (Ostkonzept) «leicht» auf 70 Flugbewegungen pro Stunde erhöht. Nur beim Südkonzept bleibt die Kapazität unverändert bei 50 Flugbewegungen.

Was jetzt? Erhöhung der Sicherheitsmarge oder doch Kapazitätsausbau?

Für die Gegner:innen des Pistenausbaus ist die aktuelle Kapazität das Maximum, was die Region Zürich verträgt. Die Sicherheitsmarge kann auch damit erhöht werden, dass die Kapazität reduziert wird. Und zwar auf einen Wert, der unabhängig vom Betriebskonzept (Nord, Ost, Süd) auch bei widrigen Wetterbedingungen eingehalten werden kann, damit allfällige Verspätungen bis Betriebsschluss abgebaut werden können. Eine Kapazitätsreduktion wäre auch ein klares Bekenntnis zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen. Immerhin ist der Flugverkehr für einen Viertel der menschengemachten Klimaveränderung der Schweiz verantwortlich. Die Vollversammlung der AL unterstützt das Referendum und lehnt den Pistenausbau ab.

Und es gibt weiteren Widerstand gegen das Flughafen-Wachstum. Zahlreiche Bürger:innenorganisationen haben im Oktober 2023 eine Volksinitiative zur Revision des Flughafengesetzes lanciert. Sie fordern die Einhaltung von sieben Stunden Nachtruhe. Falls trotzdem Ausnahmen gewährt werden, müssen sie am nächsten Arbeitstag mit Begründung publiziert werden.

Christian Häberli, AL-Vorstand

Willkommen Christian!

Das Sekretariat erhält Verstärkung: Ab Februar 2024 wird Christian Caspar teilzeit im Sekretariat arbeiten und mit Dafina Gash zusammen im Herz unserer Partei wirken. Er ist Politikwissenschaftler und hat kürzlich zu demokratischer Legitimität und diskursiver Macht promoviert. Nun ist ihm mehr nach praktischer Arbeit, und er hat uns mit seiner Kommunikationserfahrung und seinen redaktionellen Fähigkeiten überzeugt. Wir freuen uns auf deine Unterstützung, Christian!

Michael Schmid, AL-Vorstand



(Bild: Christian Caspar)

Basler junge Alternative im Porträt

Nach der Trennung seiner Mutterparteien Grüne und Basta 2022 stand das Junge Grüne Bündnis (JGB) in Basel vor einer Wahl. Geht es zur grünen oder zur alternativen Mutter? Das JGB entschied sich für Grün. Aber nicht alle. An den Nationalratswahlen kandidierte auch ein Netzwerk von jungen Mitgliedern unter dem Namen Basta! junge Alternative.

Auf der Liste 27 kandidierten Marvin (non-binär, angeh. Historiker*in, Waldbesetzer*in, woke), Xenia (sie, angeh. Biologin, Antifaschistin, woke), Kasimir (er, Landwirt EFZ, Imker, Pfadi, Anarchist, woke) und Mia (sie, angeh. Sozialarbeiterin, Feministin, woke). So stand es auf dem Wahlzettel. Eine nette Abwechslung zu den üblichen Berufsbezeichnungen, denen wir sonst im Politalltag begegnen.

«Politisiert wurden wir während der Schulzeit» – so die JA – «durch die hochstilisierte «Flüchtlingskrise», den allgegenwärtigen Sexismus und die Klimaproteste der letzten Jahre. Wir gehen regelmässig auf die Strasse, um für unsere Anliegen einzustehen. Wir engagieren uns für die Überwindung des Kapitalismus, des Patriarchats und des Nationalismus und stehen ein für eine konsequente linke Politik, die Sachthemen vor Karrierismus stellt. Wir haben keine Scheu davor, anzuecken und uns auch bei Widerstand konsequent für unsere Überzeugungen einzusetzen.» In diesen Zeilen finden sich wohl auch so manche AL-Wählende wieder.

Im Wahlkampf setzte die junge Alternative auf den Klimaschutz, die Gleichstellung aller Menschen auf verschiedenen Ebenen, einen starken Sozialstaat und eine stärkere Wahrnehmung ihrer

globalen Verantwortung durch die Schweiz. Mit 0.71% holte die Basler JA etwas weniger Stimmen als die Jungen Grünen und half als Unterliste, den Sitz von BastA-Nationalrätin Sibel Arslan zu sichern. Für Aufruhr sorgte, dass das Onlinemedium Bajour, das im Wahlkampf allen Jungparteien eine Textkolumne anbot, diese für die jungen Alternativen wieder zurückzog. Begründung: Die klare Sprache mache sie angreifbar. In der Kolumne sagten die Aktivist:innen dem Terror den Kampf an und zeigten auf, wie die grosse Sünneli-Partei regelmässig sprachliche Gewalt einsetzt.

Wie geht es weiter? Wer steht alles hinter den jungen Alternativen? Das wird sich in nächster Zeit zeigen. Die JA's in Basel sind nicht die einzigen. Auch in Bern und Zug gibt eine Junge Alternative. Die JA Bern ist basisdemokratisch unterwegs und verwendete in ihrer Nationalratskampagne den Slogan «Stell dir vor...». Die AL ist ebenfalls basisdemokratisch und fragte in ihrer Kampagne «Was wäre wenn...». Great minds think alike. Seit 2020 gehört die JA Bern offiziell den Jungen Grünen an. In Zug wurde das «Alternativ» von der Zuger Mutterpartei geerbt. Auch hier gehören die jungen Alternativen zur Jugendorganisation der Grünen.

Auch wenn wir viele Ziele mit den Grünen teilen und wir sie als Verbündete schätzen, gibt es doch Unterschiede zwischen Alternativ und Grün. Umso mehr freut es uns, wenn die JA Basel beim Magenta bleibt. Fast so fest, wie wenn wir die JA Zürich / Junge AL / JuliA gründen.

Dafina Gash, Redaktionsmitglied AL Info und Politische Sekretärin

AL-Tipps:



Manuela Schiller empfiehlt: Nina Hagen Band, unbeschreiblich weiblich, CBS, 1978. Während meiner Zeit in

der Roten Fabrik, als ich aktiv bei der Organisation des Vorwärts-Pressefestes mitwirkte, setzten wir oft auf SKA. Damals fand ich es schräg, dass der Musikgeschmack vieler etwas älterer Genoss:innen bei den Rolling-Stones oder den Beatles stehengeblieben war. Heute stelle ich fest, dass es bei mir wohl Manu Chao ist. Privat höre ich öfters Radio Popolare Milano oder Radio Italia Solo Musica Italiana. SRF3 ist für mich unerträglich geworden. Auch für mich entdeckt habe ich Spotify. Dort finde ich nahezu alles, was mir mal gefiel. Meine persönliche Bibliothek wird immer länger. Auf langen Autofahrten schwele ich dann in der Vergangenheit. Mein Tipp für euch: Nina Hagen Band, unbeschreiblich weiblich. Wobei man in die Songs der Nina Hagen Band auf Spotify nur reinhören kann. Man müsse sie mit Shuffle abspielen. Was immer das auch ist. Zum Glück habe ich noch die LP.



Mischa Schiwow empfiehlt Mehdi Sahebi und Aya Domenig, Prisoners of Fate, 2024, Sora Film. Kinostart 14. März. In «Prisoners of Fate»

(Gefangene des Schicksals) stellt Mehdi Sahebi den ungewissen Alltag von Flüchtlingen in den Mühlen des hiesigen Asylsystems dar. Der Filmemacher, der selber als Flüchtling 1983 aus dem Iran in die Schweiz gekommen ist und heute in Zürich lebt, begleitete seine Protagonistinnen und Protagonisten während mehrerer Jahre bei deren Bemühungen, sich im neuen Land zurechtzufinden. So ein afghanisches Paar, das auf der Flucht von seinem kleinen Sohn unter dramatischen Umständen getrennt wurde und verzweifelt für den Familiennachzug kämpft. Beeindruckend sind die dargestellten Schicksale und auch der Blickwinkel des Regisseurs, der konsequent auf den Menschen ruht, die den schwer durchschaubaren Asylverfahren ausgeliefert sind.



Das Wahlkampfsujet von Basta! junge Alternative (Bild: Basta! junge Alternative)

Viel Kunst, wenig Lohn

Das Kulturleitbild der Stadt Zürich ist 164 Seiten lang und schön gelayoutet. In prächtigen Farben präsentiert das Präsidialdepartement, was zwischen 2020 und 2023 von den selbst gesteckten Handlungsachsen und Massnahmen erreicht worden ist.

In der letzten Periode orientierte sich die Stadt an der Handlungsachse «Rahmenbedingungen für Kulturschaffende, Institutionen und das Publikum verbessern». Damit ist aber in erster Linie eine aktive und attraktive Raumpolitik gemeint. Dass Räume für Kunst zur Verfügung stehen müssen – gerade in einer Stadt, die sich Kultur auf die Fahne schreibt und in der bezahlbare Räume kaum zu finden sind –, versteht sich von selbst. Ohne Räume kann kaum Kunst aufgeführt oder präsentiert werden, so übernimmt die Stadt im Rahmen der Subventionen auch Mietzinskosten. Das ist richtig und in vielen Fällen unumgänglich, um Räume für die Kunst zu erhalten und beispielbar zu machen.

Kulturförderung ja, faire Löhne nein

Die Stadt subventioniert 80 Institutionen und 600 Projekte. Dabei sei ihr bewusst, dass in den von ihr geförderten Projekten und Institutionen teilweise die von den Branchenverbänden empfohlenen Mindestgagen nicht bezahlt werden und Kunstschaffende in prekären Arbeitsbedingungen feststecken.

Für die Jahre 2024 bis 2027 sind wiederum Handlungsachsen definiert. Da auch in Projekten und Institutionen, die von der Stadt gefördert werden, die von

Branchenverbänden empfohlenen Mindestgagen nicht bezahlt werden, wurden als Handlungsfeld 1 «Faire Arbeitsbedingungen im Kulturbereich» definiert.

Darüber, welche Kunst gefördert werden soll, wird in dieser Stadt immer wieder gestritten. Für die SVP braucht es Kunst eigentlich gar nicht und für die FDP hat es zu viel Diversität und zu wenig Jazz. Aber über Arbeitsbedingungen und Gagen sollte man nicht streiten müssen. Es ist haarsträubend, dass die Stadt es hinnimmt, Produktionen und Institutionen zu fördern, im Wissen darum, dass in der vergangenen Periode die Mindestgagen nicht bezahlt wurden und wahrscheinlich auch in Zukunft nicht bezahlt werden. Die Stadt schreibt dazu im Kulturleitbild: «Auch in Projekten, die von der Stadt Zürich gefördert werden, kann es sein, dass (Mindest-)Gagenempfehlungen nicht eingehalten werden, weil die Vollfinanzierung des Projekts nicht gelungen ist».

Kunst zu schaffen, Räume zu unterhalten, Auftritte zu koordinieren, Institutionen zu führen und Kultur zu subventionieren, kostet viel Zeit. Wenn wir uns als Gesellschaft mit Kunst auseinandersetzen wollen, dürfen wir nicht in Kauf nehmen, dass jene, die sie erschaffen, sich ständig mit ihrer schlechten finanziellen Situation auseinandersetzen und im Alter wegen tiefer AHV- und Pensionskassenbeiträge prekär leben müssen.

Nur reden bringt nichts

Die Stadt hat teilweise erkannt, dass

Handlungsbedarf besteht. Für die Massnahme «Mindestentschädigung der künstlerischen Arbeit in geförderten Projekten» sind jährliche Mehrausgaben von 600'000 Franken geplant. Damit soll sichergestellt werden, dass die ausbezahlten Entschädigungen in den geförderten Projekten den empfohlenen Mindestgagen entsprechen.

Ganz anders sieht es bei den geförderten Institutionen aus. Die Stadt sieht auch da Handlungsbedarf und will mit ihnen als Massnahme «das Gagen- und Lohngefüge besprechen». Geplante finanzielle Auswirkung bis 2024: keine. Die Geschichte zeigt immer wieder, dass Arbeitgebende, die meinen, ihre Angestellten nicht fair entlohnen zu können, dies ohne Druck auch nicht tun.

Wenn sich die Stadt dieses Kulturangebot leisten will, dann bitte nicht auf dem Rücken von Lohnarbeitenden, die dafür kaum Lohn erhalten. Auch im Gemeinderat muss das Thema Gagen auf den Tisch kommen. Und Subventionen müssen verbindlich an Vorgaben für die Entlohnung geknüpft werden.

Mit der für dringlich erklärten Motion «Ausrichtung einer angemessenen Vergütung für künstlerische Arbeiten an die Kulturinstitutionen mit einer vierjährigen Beitragsperiode, die in die Kulturleitbildperiode 2024–2027 fallen» fordern SP, GLP und die AL, dass überprüft und sichergestellt wird, dass in den geförderten Institutionen anständige Mindestgagen bezahlt werden.

Sophie Blaser, AL-Gemeinderätin



Mindestlöhne an Kultursubventionen koppeln (Bild: Unsplash)

Josef wird wohnen

Im Dezember haben AL, Grüne, GLP, SP und Mitte/EVP im Gemeinderat eine Motion eingereicht, die für das städtische Josef-Areal eine BZO-Revision verlangt, um zusätzlich zu geplanten Alterswohnungen weitere gemeinnützige Wohnungen zu ermöglichen.

Die Reihenfolge der genannten Fraktionen ist nicht zufällig: Es war AL-Neugemeinderätin Karen Hug, der es gelungen ist, dieses breite, in wohnpolitischen Fragen eher überraschende Bündnis zu schmieden. Dahinter steht eine starke Mobilisierung im Quartier.

Mit der Schliessung der Kehrrichtverbrennungsanlage Josefstrasse ist Ende 2021 mitten im Kreis 5 ein 20'000 m² grosses Areal frei geworden. Ohne die Option einer Umzonung zu prüfen, hat der

Stadtrat zügig das in der BZO der Zone für öffentliche Bauten zugewiesene Areal für die Erstellung von Betriebsgebäuden reserviert. Laut dem 2022 öffentlich vorgestellten Projekt sollen auf den im Erdgeschoss fast flächendeckend geplanten Werkhof ein Hallenbad, ein Gesundheitszentrum für das Alter und 135 Alterswohnungen gestellt werden.

Doch aus dem Quartier, wo der Anteil an Wohnungen notorisch tief ist, kam Widerstand. Und neue Ideen: An der letzten Dialogveranstaltung Ende Oktober 2023 meldete sich das Kollektiv «Josef will wohnen» mit einem konkreten Alternativvorschlag, der in verschiedenen Varianten in einer Sondernummer der Zeitschrift «Hochparterre» vorgestellt

wurde. Dank guter Vernetzung in die Politik ist in rekordverdächtiger Zeit eine Motion entstanden, die eine teilweise Umzonung zugunsten von Wohnen und Gewerbe verlangt, ohne den notwendigen Grünraum in Frage zu stellen. Der Stadtrat hielt dagegen, dass diese Änderung zur Unzeit, sprich mitten in der Planungsphase, erfolge. An der überzeugenden, gut kommunizierten Idee kam am Schluss selbst die Partei des Hochbauvorstehers nicht vorbei. So hat am 10. Januar im Gemeinderat eine Mehrheit von Links- und Mitteparteien der Behandlung der Zonenplanänderung Dringlichkeit zugesprochen.

Mischa Schiow, Alt-Gemeinderat

AL und Goldene Fallschirme

Bis Mitte der Nullerjahre hatten Stadtratsmitglieder bei Abwahl sowie bei freiwilligem Rücktritt mit mehr als 50 Jahren Anspruch auf eine lebenslängliche Vollrente. 1999 leiteten Markus Bischoff (AL) und Christoph Hug (Grüne) mit einer Motion die Abschaffung dieser goldenen Fallschirme ein.

2005 wurde dann der Übergang zu zeitlich begrenzten Abgangsentschädigungen zur Ermöglichung einer beruflichen Neuorientierung beschlossen. AL, Grüne und SVP stimmten dagegen, weil die neu erlassene Verordnung über Abgangsleistungen für Behördenmitglieder (VAB) immer noch maximal 4.8 Jahreslöhne Abfindung vorsah. Unmittelbar vor der Beratung forderte Alt-Gemeinderat Markus Bischoff mit einer Einzelinitiative eine Begrenzung der Abfindungen auf 3 bis 12 Monatslöhne, scheiterte aber am Quorum von 42 Stimmen. Noch vor der Schlusslesung doppelte AL-Gemeinderat Peider Filli mit einer weiteren Einzelinitiative auf Streichung von Abfindungen bei freiwilligem Rücktritt nach. Diese schaffte das Quorum hauchdünn und 2007 wurde als Gegenvorschlag immerhin eine Halbierung der Ansätze beschlossen.

Buebetrickli von SP-Schulpräsident Rodriguez

Aufs Tapet kam das Thema erst

wieder 2018 mit dem Rücktritt von SP-Stadträtin Claudia Nielsen und erneut 2021 mit dem abfindungstechnisch perfekt getimten Rücktritt von SP-Schulpräsident Roberto Rodriguez. Gestützt auf eine SVP-Motion beschloss der Gemeinderat 2022 eine drastische Reduktion der Abfindungen für Behördenmitglieder auf maximal 1.8 Jahreslöhne und die Streichung von Abfindungen bei freiwilligem Rücktritt nach 4 Amtsjahren. Womit die AL-Forderung von 2005 beinahe erfüllt war. Nach dem Buebetrickli von Rodriguez fasste die SVP mit der Initiative «Keine goldenen Fallschirme» nach, über die wir am 3. März abstimmen. Danach sollen nur noch Stadtratsmitglieder Anspruch auf Abfindungen haben und diese auf maximal auf einen Jahreslohn begrenzt werden; für Schulpräsident:innen und Friedensrichter:innen soll das Personalrecht gelten. Der Gegenvorschlag des Gemeinderats nimmt diese Forderung auf, verzichtet aber auf die Kürzung der Abfindungen von maximal 1.8 auf 1.0 Jahressalär. Die AL-VV hat Stimmfreigabe zur Initiative beschlossen und empfiehlt ein Ja zum Gegenvorschlag.

AL verlangt Ablieferung von Ämtli-Honoraren

Die nächste Diskussion über die

Abschaffung stadträtlicher Privilegien ist bereits lanciert: Am 13. September hat der Gemeinderat einstimmig eine AL-Motion überwiesen, die verlangt, dass die Stadtratsmitglieder ihre Verwaltungsrats- und Ämtli-Einkünfte nicht nur teilweise, sondern vollständig an die Stadtkasse abliefern.

Niggi Scherr, Redaktionsmitglied AL Info



Politiker:innen mit goldenen Fallschirmen (Bild: mit KI erstellt)

Neues aus Dübli



Seit Jahren wird über eine Seilbahn diskutiert, die vom Bahnhof Stettbach (in Dübendorf) bis zum Zoo Zürich führen soll. Damit soll das

Parkplatzproblem mit störendem MIV-Suchverkehr im Quartier rund um den Zoo gelöst oder, wie der private Betreiber der Zooseilbahn so schön sagt, «nachhaltig entschärft» werden. Die Anbindung mit dem öffentlichen Verkehr ist gut und es gibt gebührenpflichtige Parkplätze für rund 600 Autos in der Umgebung des Zoos. Weil aber die Mehrheit der Besuchenden mit dem eigenen Auto anreist, wird das Quartier vor allem an Feiertagen mit Autos geflutet. Das akute Parkplatzproblem sorgt bei der Quartierbevölkerung und dem Quartierverein Fluntern seit 20 Jahren für Unmut. Der Stadtrat legt ein Verkehrskonzept mit 23 Massnahmen für den Zoo vor. Darunter steht an erster Stelle die Zooseilbahn, aber auch ein neues Parkhaus neben der Masoalhalle.

Diese Zooseilbahn ist ein nicht gerade kleines Verkehrsinfrastrukturprojekt. Für die elf Stützen der Seilbahn müssen unter anderem Wald- und Hochstammobstbäume in Schutzgebieten gefällt und gestutzt werden. Weiter zerstört die Seilbahn eine bisher mehrheitlich unberührte Landschaft im Bereich des Sagentobels. Nicht nur wird mit der Seilbahn eine schöne Landschaft geopfert. Schlimmer, die versprochene Entlastung des Quartiers Fluntern von stinkenden Autokolonnen ist kleiner als angenommen. Ausserdem werden die Anwohner:innen rund um den Bahnhof Stettbach in Dübendorf mit zusätzlichem Zoo-Autoverkehr belastet. Als Neu-Dübendorferin frage ich mich, wie die Stadt Zürich zu einem solchen Projekt Hand bieten kann und in Kauf nimmt, dass das Verkehrsproblem auf die Nachbargemeinde verlagert wird. Ebenso frage ich mich, warum der Zoo als grosser Subventionsempfänger bis anhin nicht in der Lage war, die Besucher:innenströme stadtvträglich und nachhaltig zu steuern. Zurzeit wird vor dem Bundesgericht um den Gestaltungsplan gestritten. Fortsetzung folgt bald.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin

Preisgünstig Wohnen

Die SBB besitzt beim Bahnhof Dietikon ein Grundstück, das heute als Park-and-Ride-Anlage genutzt wird. Sie plant hier eine neue Überbauung mit Wohn- und Geschäftsräumen. Die AL hat sich intensiv mit dem öffentlich aufgelegten Gestaltungsplan der SBB beschäftigt und hat dazu eine Einwendung eingereicht.

Die SBB sichert im Städtebaulichen Vertrag 59 «preisgünstige» Wohnungen im Bahnhofgebäude zu, also bloss einen Viertel der insgesamt 231 Wohnungen. Dies steht in Widerspruch zu den offiziellen Erklärungen von SBB Immobilien. In einer Medienmitteilung vom 13. Mai 2023 heisst es: «In Zukunft wird die Hälfte der Wohnungen preisgünstig sein – entweder über eigene Wohnungen oder Baurechte an Genossenschaften.»

Die AL nimmt die SBB beim Wort und verlangt, dass im Gebiet 50% der Wohnungen preisgünstig angeboten werden. Zudem soll der von der SBB höchst schwammig verwendete Begriff präzisiert werden: Die Wohnungen sollen dauerhaft

zu den effektiven Gestehungskosten und damit preisgünstig im Sinne der kantonalen Verordnung über preisgünstigen Wohnraum vermietet werden. Nur so ist garantiert, dass Leute mit kleinem Einkommen sich diese Wohnungen leisten können. Gerade ältere Personen wären so bereit, in eine zentral gelegene kleinere Wohnung zu ziehen und ihre bisherige, grössere Wohnung für Familien freizugeben.

Die AL Dietikon hat schon 2022 mit ihrem – leider erfolglosen – Referendum gegen den privaten Gestaltungsplan Lägerstrasse der Swiss Life einen Mindestanteil preisgünstiger Wohnungen eingefordert. Und beim soeben abgeschlossenen Auflageverfahren zum öffentlichen Gestaltungsplan für das 40 Hektaren grosse Niederfeld-Areal haben wir eine substanzielle Einwendung eingereicht, worin wir für einen Grossteil der Baubereiche einen Drittel preisgünstiger Wohnungen verlangen.

Ernst Joss, AL Dietikon

Uferweg an der Goldküste

Uetikon am See war ein Weinbau-Dorf und wurde lange Zeit von einer Chemiefabrik dominiert. Mehr als die Hälfte des Seeufers war eine verbotene Zone, dafür prägte die besitzende Familie das Dorf mit Geschenken und der Wäckerling-Stiftung. Die Fabrik steht zum grössten Teil auf aufgeschüttetem Konzessionsland, das im Prinzip dem Kanton gehört. Nach der Stilllegung der Fabrik schlug die Firma vor, die Gebäude abzureissen und eine lukrative Überbauung zu realisieren. Diesen ersten Vorschlag lehnte eine gut besuchte Gemeindeversammlung ab. Nun wird ein neues Projekt realisiert, das eine Kantonsschule, einige teure Wohnungen und vielfältige andere Nutzungen inklusive einem Seeuferpark vorsieht.

Aus Verbotzone wird Seeuferpark

Das alles ist möglich, weil der Kanton und die Gemeinde Uetikon 2016 das Areal gekauft haben und wir deshalb demokratisch mitbestimmen können. In Uetikon zeigt sich, wie aus einer Verbotzone ein Seeuferpark wird. Den Rest des Ufers bilden ein Hafen, die gratis zugängliche

Badi und einige wenige Privatgrundstücke. Wie sich der durchgehende Seeuferweg realisieren lässt, über den wir am 3. März abstimmen, ist noch offen. Doch bereits jetzt steht fest: Drei Viertel des Ufers werden auf jeden Fall zugänglich und ganz Uetikon freut sich auf diesen grossartigen Entwicklungsschritt.

Ganz Uetikon? Nun, da gibt es noch offene Fragen zur Sanierung von Land und Seegrund, denn die Chemiefabrik hat ihre Abfälle für die Aufschüttung verwendet und im See deponiert. Sowohl an Land als auch im Seegrund ist eine Vielfalt von Schwermetallen und teils radioaktiven Abfällen zu finden und die Sanierung ist umstritten. Kanton und Gemeinderat planen eine weitere Überschüttung. Die Lobby für Uetikon hat dagegen Rekurs eingelegt, damit unser Trinkwasser und der Seeuferweg von 200-jährigem Chemiemüll befreit werden.

Richi Blättler, AL Uetikon am See

Budgetdebatte



Wie jedes Jahr stand im Dezember die Budgetdebatte an. Die Sitzungsdauer wurde massiv gestrafft. Ganz so, wie die Bürgerlichen die Ausgaben kürzen würden.

Als ich 2015 im Kantonsrat angefangen habe, erstreckten sich die Sitzungen noch über vier Tage im Dezember und weitere zwei Tage im Januar. Heute ist die ganze Diskussion auf zwei Sitzungstage zusammengeschrumpft. Das liegt neben einem strengeren Redezeitregime wohl auch daran, dass das Parlament durch konkrete Gesetzesaufträge mehr Einfluss auf die Politik nehmen kann, als mit langen Diskussionen über Budgetkorrekturen im Promillebereich.

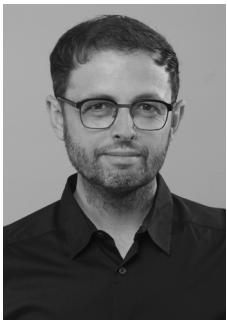
Die Debatte lässt sich gut in einem Satz zusammenfassen: Die bürgerliche Parlamentsmehrheit inklusive GLP hat sich mit einem pauschalen Sparantrag zum Gesamtbudget aus der Verantwortung gestohlen und der kantonale Steuer-

fuss wird um einen Prozentpunkt gesenkt. Zur Steuersenkung habe ich in meinem Eingangsvotum einen Vergleich zu dem von uns unterstützten Antrag auf Streichung der Preiserhöhung beim Verkehrsverbund gezogen: Bei einem steuerbaren Einkommen von 50'000 Fr. liessen sich beim ZVV-Jahresabo immerhin 80 Fr. einsparen, während mit den 20 Fr. Steuersenkung mensch höchstens im Coop-Restaurant essen gehen kann.

Einen Schwerpunkt setzte die AL-Fraktion bei der individuellen Prämienverbilligung. Mit einem Antrag forderten wir, dass weiterhin 30% der Bevölkerung Verbilligungsbeiträge erhalten. Dieses wichtige Sozialziel ist momentan stark unter Druck, weil viele Anspruchsberechtigte wegen des herrschenden Chaos beim Vollzug gar nicht mehr IPV beantragen. Wir hatten erwartungsgemäss keinen Erfolg, ebenso wenig mit dem Antrag, den Kantonsbeitrag auf 100% des Bundesbeitrags anzuheben. Aber wir bleiben dran – denn auch hier fallen die wichtigen Entscheide ausserhalb der Budgetdebatte.

Manuel Sahli, AL-Kantonsrat

Es braucht einen Reset



Diese Stadt braucht dringend breit abgestützte wohnpolitische Lösungen. Auf überhitzte Rechts-Links-Konfrontationen mit der darauffolgenden Schockstarre kann die Bevölkerung verzichten.

Fortschritte in der Wohnpolitik in der Stadt Zürich basieren auf unaufgeregten Diskussionen des Gemeinderats und klaren Volksentscheiden. Der wohnpolitische Grundsatzartikel, die neuen Finanzkompetenzen des Stadtrats für den Kauf von Liegenschaften und die Einrichtung eines Wohnraumfonds sind Paradebeispiele dafür, wie die Politik in diesem Rat die Lebenssituation aller Menschen, aber insbesondere derjenigen mit kleinem Portemonnaie, verbessern kann.

Bei der Klärung der Frage, wie die auf Basis von Artikel 49b des Planungs- und Baugesetzes in der Stadt Zürich entstehenden preisgünstigen Wohnungen zu bewirtschaften sind, ist der Gemeinderat von seinem Erfolgspfad abgewichen. Die

Gründe für diese parlamentarische Entgleisung sind verschieden und die AL-Fraktion hat sie eingehend analysiert. Wir müssen anerkennen, dass auch wir nicht unsere beste politische Performance geleistet und der polemischen Rhetorik von bürgerlicher und linker Seite zu wenig Gegensteuer gegeben haben. Die AL hat entschieden, die AL hat entschieden, der Vorlage die Zustimmung zu verweigern, in der Hoffnung, dass die anderen Fraktionen dem AL-Antrag auf Rückweisung in die zuständige Kommission zustimmen. Da sollte es möglich sein, die verschiedenen Stakeholder:innen, wie Genossenschaften, Mieter:innen- und Hauseigentümer:innenverbände, an einem runden Tisch zu versammeln.

Der Gemeinderat steht in der Pflicht eine praktikable Grundlage für die Umsetzung des neuen raumplanerischen Instruments zu verabschieden. Das sind wir den Stadtzürcher:innen schuldig, die im September 2014 mit 72,4 Prozent der Stimmen der Änderung des Planungs- und Baugesetzes zugestimmt haben. Wir brauchen in dieser Sache einen Reset.

**David García Nuñez,
AL-Gemeinderat**

Unbequem & links

6. Dezember: AL schmiedet ein breites Bündnis für die Einreichung einer dringlichen Motion zur Umsetzung des städtischen Josef-Areals, um mehr Wohnungen zu ermöglichen. In allerletzter Minute springt auch die SP-Fraktion auf.

6. Dezember: Patrik Maillard protestiert in einer persönlichen Erklärung gegen die Nutzung des Zivilschutzbunkers an der Turnerstrasse als Asylunterkunft und reicht mit Moritz Bögli ein Postulat für ein Verbot unterirdischer Asylunterkünfte ein.

11. Dezember: In der Budgetdebatte im Kantonsrat kritisiert Manuel Sahli den mangelnden Gestaltungswillen der Regierung und fordert Investitionen in Klima, Soziales und Bildung. Nicole Wyss scheitert mit ihrem Antrag gegen die Reduktion der Bezugsquote von 30% auf 26% der Versicherten bei der Prämienverbilligung.

13. Dezember: Das AL-Postulat zur Schaffung eines Familien- oder Patient:innenhotels in der alten Frauenklinik wird mit 83 zu 35 Stimmen überwiesen.

9. Januar: Rockiger Start ins neue Jahr – die AL feiert an ihrem Neujahrsapéro und organisiert ein spannendes Podium zur Bildungspolitik.

10. Januar: Die AL-Fraktion, dass trotz Sanierungsmassnahmen die Wochenmärkte weiterhin am Bürkliplatz stattfinden können und die Marktvereinigungen mehr Mitsprache erhalten.

15. Januar: Foulplay der Regierung: In einer gemeinsamen Fraktionserklärung mit Grünen und SP prangern wir die Zensurierung des gegnerischen Artikels in der offiziellen Abstimmungszeitung zur Pistenverlängerung an.

17. Januar: Die AL fordert einen Reset bei der Umsetzungsverordnung zum preisgünstigen Wohnraum nach § 49b PBG und eine Rückweisung an die Kommission.

24. Januar: Moritz Bögli kritisiert in einer Fraktionserklärung die von Stadträtin Karin Rykart verfügte Sektorsperre für die ganze Südkurve als unfaire Kollektivstrafe.

Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

E-Government: Neue Strategie soll's richten



Am 1. Januar 2024 ist die neue Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz» in Kraft getreten, mit der Bund, Kantone und Kommunen gemeinsam festlegen, wie die digitale Transformation der Verwaltungen vorangetrieben wird. Schön, dass bei den Prinzipien neu die «Nutzerzentrierung und Inklusion» zuoberst steht. Wir werden deren Umsetzung auch bei den Antragsformularen für die Heizkostenzulage oder die individuelle Prämienverbilligung einfordern. Daneben enthält das Dokument wohlklingende Absichtserklärungen wie «die Verwaltung als Gesamtsystem entwickelt grundsätzlich gemeinsame Lösungen». Dies ist zu begrüßen, wenn damit die Harmonisierung der Rechtsgrundlagen im Sinn des neuen Datenschutzkonzepts der digitalen Gesellschaft Schweiz gemeint ist. Auch gegen die Mehrfachnutzung von Daten durch verschiedene Behörden ist nichts einzuwenden – solange die Massnahmen zum Schutz der Privatsphäre höher gewichtet werden als verwaltungsinterne Effizienzgewinne. Genau diese Massnahmen hat der Ständerat in seinem kürzlichen Entscheid für das neue Adressdienstgesetz ausgehebelt. Neu soll eine zentrale Adressdatenbank tagesaktuell aus den Einwohnerregistern versorgt werden, inkl. AHV-Nummer der betroffenen Personen. Damit hätten alle Behörden in der ganzen Schweiz Zugriff auf aktuelle Adressen und müssten keine eigenen Datenbanken führen. Dafür ist aber die AHV-Nummer nicht nötig. Stattdessen soll für eine spezifische Person im Register pro zugriffsberechtigte Stelle je ein unterschiedlicher (pseudonymer) Identifikator zum Einsatz kommen, was die unerlaubte Zusammenführung mit anderen Daten verhindert.

Im internationalen E-Government-Index liegt die Schweiz auf Platz 23 – hinter Deutschland. Der Ehrgeiz, Plätze gut zu machen, darf nicht zu kurzsichtigen Entwicklungen führen, welche unsere Grundrechte gefährden. Die AL muss unruhig bleiben, z.B. bei der laufenden Revision des Informations- und Datenschutzgesetzes im Kanton Zürich oder dem oben erwähnten Adressdienstgesetz.

Christian Häberli, AL-Vorstand

Jahresauftakt bei der AL

Nach bewährtem Rezept hat am 9. Januar der traditionelle AL-Neujahrsapéro im Helsinki Klub stattgefunden. In einem ersten Teil liefen sich die Parteigenoss:innen und ihre Zugewandten mit guten Gesprächen, Getränken und Mezze-Delights warm. Danach scharte sich die versammelte Gesellschaft erwartungsvoll um das Podium zum Thema «Bildung im Zeitalter von KI und Tiktok».

Moderiert wurde das Gespräch von Andrea Leitner – AL-Vorstandsmitglied und langjährige Berufsschullehrerin auf KV-Stufe –, die das Unterrichten aus dem praktischen Berufsalltag kennt, was auch für die drei Podiumsgäste gilt. Zusammen mit der Bildungsexpertin für Sprachförderung, Schreiben und Diversität, Monique Honegger, der AL-Gemeinderätin, Kindergarten-Lehrerin und Präsidentin der Sektion VPOD Lehrberufe, Sophie Blaser, und Philip Wampfler, Gymi-Lehrer, Kulturwissenschaftler und Experte für Neue Medien, wurden einerseits ganz praktische Fragen wie «Handyverbot an Schulen, ja oder nein?» angesprochen.

Es wurde andererseits auch über ganz Grundsätzliches diskutiert: Darüber, dass die Digitalität die Schere zwischen den Privilegierten und den Benachteiligten weiter öffnet statt schliesst, über den Sinn und Auftrag staatlicher Bildungsangebote, die Schüler:innen aus bildungsfernen Familien wenig Chancen auf eine befriedigende Schulkarriere bieten. Einig waren sich die Referent:innen, dass a) es das System zu ändern gilt, was ein langwieriger Prozess ist, dass b) zwischenzeitlich individuelles Engagement im Unterricht und in der Lehrerweiterbildung zählt und dass c) ein Handyverbot in der Schule weder sinnvoll noch machbar ist.

Den Abschluss des Abends bildete der Auftritt der Stella Glitter Band. Wer lange genug im Helsinki verweilte und sich nicht vorzeitig auf den Heimweg gemacht hatte, konnte tanzend weiter über das eine (Bildungssystem) oder das andere (Stellas wunderbare Songtexte) nachdenken. Ein gelungener AL-Jahresauftakt.

Rosa Maino, Redaktionsmitglied
AL Info



(Bilder: Andrea Leitner und David Garcia Nuñez)